



Im Schatten des SDG-Gipfels

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2023

von Jens Martens

Vom 10. bis 19. Juli 2023 fand die diesjährige Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen statt. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen.

In diesem Jahr tagt das HLPF zweimal, im Juli unter der Ägide des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC), im September dann für zwei Tage als „SDG-Gipfel“ im Rahmen der UN-Generalversammlung. Dieses Treffen der Staats- und Regierungschefs warf schon seine Schatten voraus. Politische Entscheidungen wurden im Juli nicht gefällt. Das HLPF hatte eher den Charakter eines routinierten Arbeitstreffens.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und ihrer Ziele. Nach Angaben des SDG-Fortschrittsberichts der Vereinten Nationen sind die Länder nur bei höchstens 15 Prozent der Zielvorgaben im Plan. Bei den übrigen 85 Prozent sind die Fortschritte unzureichend oder die Entwicklung verläuft sogar in die falsche Richtung. Das gilt unter anderem für die Ziele zur Armutsbekämpfung, zur Bildung für alle und zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Positive Entwicklungen sind bei der Umsetzung der Agenda 2030 auf der Ebene von Städten und Regionen zu verzeichnen. Immer mehr berichten darüber beim HLPF im Rahmen sogenannter Voluntary Local Reviews (VLRs). Städtevertreter*innen betonten in New York aber auch, dass ihre Erfolge entscheidend von den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen abhängen, die auf nationaler und internationaler Ebene bestimmt werden.

Die globale Nachhaltigkeitsdiplomatie steht weiterhin unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie und ihrer sozio-ökonomischen Folgen. Dies spiegelte sich auch im etwas sperrigen Leitthema des diesjährigen HLPFs wider: „Accelerating the recovery from the coronavirus disease (COVID-19) and the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development at all levels.“

Ausgangspunkt für die Diskussionen war die Feststellung, dass sich die internationalen Rahmen-

bedingungen für die Umsetzung der Agenda 2030 seit 2015 enorm verändert haben. Zusätzlich zu den anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ist die Welt mit einem Bündel ökonomischer und humanitärer Krisen konfrontiert, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst oder verstärkt wurden. Hinzu kommt die verschärfte Klimakrise.

Trotz der veränderten Rahmenbedingungen und der geopolitischen Lage hielten die Vereinten

Nationen am offiziellen Programm des achttägigen Treffens mit einer Serie von Panelveranstaltungen, Länderberichten und einem dreitägigen Ministersegment fest (zur Funktionsweise des HLPF s. Kasten).

Was ist das HLPF?

Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Forum, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Zusätzlich haben Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen (im UN-Jargon die *Major Groups and other Stakeholders, MGoS*) verbrieftete Beteiligungsmöglichkeiten.

Format und Arbeitsweise des HLPF wurden von den Regierungen im Juli 2013 beschlossen. Die Eröffnungssitzung des Forums fand am 24. September 2013 in New York statt. Seit 2014 tagt das HLPF jährlich für acht Tage unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), davon drei Tage auf Ministerebene. Die Treffen finden im Rahmen der regulären Arbeitstagung des ECOSOC jeweils im Juli eines Jahres statt. Zusätzlich tritt das HLPF alle vier Jahre für zwei Tage auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Das erste Gipfeltreffen dieser Art fand im September 2019 statt, der **zweite SDG-Gipfel** folgt am 18.–19. September 2023.

Das offizielle Ergebnis der Tagungen des HLPF ist normalerweise eine Ministererklärung, die der UN-Generalversammlung übermittelt wird. Alle vier Jahre gibt es eine politische Erklärung des SDG-Gipfels. Über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügt das Forum nicht. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Bestandsaufnahme von Fort- oder Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs. Dies geschieht unter anderem im Rahmen freiwilliger Staatenberichte, der **Voluntary National Reviews (VNRs)**.

Im besonderen Fokus des HLPF standen 2023 folgende fünf SDGs:

- Ziel 6** Wasser und Sanitärversorgung für alle
- Ziel 7** Nachhaltige und moderne Energie für alle
- Ziel 9** Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung
- Ziel 11** Nachhaltige Städte und Siedlungen
- Ziel 17** Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken

Der Umsetzungsstand jedes dieser Ziele wurde in Panelveranstaltungen und Side-Events einer Bestandsaufnahme unterzogen. Der Tenor der meisten

Analysen lautete: Bei allen Zielen ist die Verwirklichung in weite Ferne gerückt. Die Diskussionen drehten sich daher vor allem um die Frage, wie die Umsetzungsprozesse wieder „back on track“ gebracht werden können. Zu den fünf Zielen im Einzelnen:



Die Verknappung der Trinkwasserressourcen und der unzureichende Zugang zur Sanitärversorgung gefährden die Gesundheit und die Lebensgrundlage von Milliarden von Menschen. Die Vereinten Nationen prognostizieren bis 2030 eine wachsende Wasserknappheit in der Größenordnung von 40 Prozent des weltweiten Bedarfs. Laut **UNICEF** sind bereits heute fast zwei Drittel der Weltbevölkerung mindestens einen Monat jährlich von Wasserknappheit betroffen, etwa 700 Millionen Menschen müssen möglicherweise bis 2030 aufgrund von Wasserknappheit ihre Heimat verlassen und bis 2040 wird eines von vier Kindern in einer Region leben, die von „extremem Wasserstress“ betroffen ist. Um eine globale Wasserkrise zu verhindern, haben die UN die **Wasseraktionsdekade 2018–2028** ausgerufen. Zur Halbzeit fand bereits im März 2023 die **zweite UN-Wasserkonferenz** statt. Ergebnis war eine **Water Action Agenda**. Bei ihr handelt es sich aber lediglich um eine Sammlung freiwilliger Initiativen und Selbstverpflichtungen zur beschleunigten Umsetzung der wasserrelevanten Nachhaltigkeitsziele.



Bei der Verwirklichung von SDG 7 bestehen potentielle Zielkonflikte zwischen dem Vorsatz, eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung für alle Menschen auf der Welt sicherzustellen, und der Notwendigkeit einer ökologisch tragfähigen Versorgung, die möglichst ohne fossile Energieträger auskommt. Während für viele Länder des globalen Südens der Zugang zu sicherer Energieversorgung oberste Priorität hat, gewinnt in Ländern des globalen Nordens der Ausbau erneuerbarer Energien an Bedeutung. Aber auch der globale Süden ist bei diesem Thema gespalten, beispielsweise zwischen den erdölproduzierenden Ländern und den kleinen Inselstaaten, die zu den Hauptbetroffenen des Klimawandels zählen. Immerhin ist die Zahl der Menschen mit Zugang zu Elektrizität seit 2015 weltweit gestiegen. Aber noch immer müssen nach **Angaben der UN** 675 Millionen Menschen ohne Stromversorgung leben. Der Anteil erneuerbarer Energien an der globalen Stromerzeugung hat mit 30 Prozent im Jahr 2022 einen Rekordwert erreicht. Um die internationalen

Klima- und Energieziele zu erreichen, sind nach Schätzungen des [Tracking SDG 7: The Energy Progress Report](#) aber bis 2030 u. a. jährliche Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die dazu benötigte Infrastruktur in Höhe von 1,4–1,7 Billionen US-Dollar erforderlich.



SDG 9 zielt auf den Aufbau einer nachhaltigen, widerstandsfähigen Infrastruktur, die Förderung von Industrialisierung sowie die Unterstützung von Innovation. Die Zielvorgaben sind dabei relativ vage formuliert und kaum in konkrete Handlungsempfehlungen zu übersetzen. Fest steht, dass für den Aufbau der Infrastruktur insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Kommunikation weltweit Mittel in Billionenhöhe pro Jahr benötigt werden. Die Investitionslücke ist vor allem in den Ländern des globalen Südens weiterhin groß. In den vergangenen Jahren sind verschiedene Schätzungen zu den nötigen finanziellen Ressourcen zum Erhalt bzw. zum Aufbau neuer Infrastruktur angestellt worden. [Experten von J.P. Morgan](#) schätzen beispielsweise, dass 2,6 Billionen US-Dollar jährlich benötigt würden, um die SDGs zu verwirklichen und zugleich bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.



Im Jahr 2020 lebten rund 4,4 Milliarden Menschen auf der Welt in Städten. [UN Habitat](#) prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 ihre Zahl auf 5,2 Milliarden und bis 2050 sogar auf 6,7 Milliarden anwächst, was dann 68 Prozent der Weltbevölkerung entsprechen wird. Dieses Bevölkerungswachstum schafft einen enormen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum und städtischer Infrastruktur. Die [UN weist darauf hin](#), dass schon heute in Städten über 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und 70 Prozent der Treibhausgase produziert werden. Gleichzeitig ist die städtische Bevölkerung besonders vulnerabel gegenüber den Folgen des Klimawandels und Naturkatastrophen aller Art. Es war daher nur konsequent, dass die Regierungen in die Agenda 2030 ein eigenständiges Ziel aufgenommen haben, um Städte „inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“ zu gestalten. Wie die [Global Task Force of Local and Regional Governments](#) beim HLPF berichtete, haben viele Städte in aller Welt die Initiative ergriffen, um SDG 11 vor Ort umzusetzen. Aber auch hier führten die Folgen der COVID-19-Pandemie und anderer Krisen dazu, dass die Welt vom Ziel „nachhaltiger Städte“ noch weit entfernt ist.

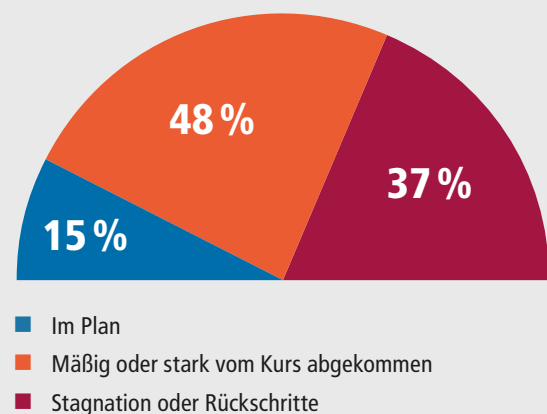


Die Finanzierung der SDG-Umsetzung ist Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern der Agenda 2030 insgesamt. Auch deswegen steht SDG 17 beim HLPF jedes Jahr auf der Tagesordnung. Die eigentliche inhaltliche Diskussion dazu findet allerdings bereits im Vorfeld beim jährlichen [Financing for Development Forum](#) des ECOSOC statt. Das HLPF beschränkt sich weitgehend darauf, die dortigen [Aussagen und Vereinbarungen](#) zu wiederholen. Ein zentrales Element in den Diskussionen war der Vorschlag des UN-Generalsekretärs für ein SDG-Konjunkturpaket (*SDG Stimulus*). Es hat zum Ziel, jährlich 500 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Finanzmitteln zu mobilisieren. Damit sollen die Länder des globalen Südens in die Lage versetzt werden, in Bereiche wie erneuerbare Energien, soziale Sicherung oder den Ausbau ihrer Bildungs- und Gesundheitssysteme zu investieren.

Plädoyer für einen globalen Rettungsplan

„Es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf halbem Weg zum Jahr 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung in großen Schwierigkeiten,“ konstatierte der UN-Generalsekretär in seinem [SDG-Fortschrittsbericht 2023](#) (Pkt. 4), der beim HLPF präsentiert wurde. Zur Halbzeit sind die Länder nur bei höchstens 15 Prozent der Zielvorgaben im Plan. Bei fast 50 Prozent sind die Fortschritte unzureichend und bei 37 Prozent stagniert die Entwicklung oder sie verläuft sogar in die falsche Richtung (s. Abbildung).

Besorgniserregendes Bild des Fortschritts zur SDG-Halbzeit



Quelle: [The Sustainable Development Goals Report 2023](#), S. 11.

Angesichts dieser Situation richtete der UN-Generalsekretär einen dramatischen Appell an die Staatengemeinschaft:

„Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und ein anderes Ergebnis erwarten. Wir können nicht mit einem moralisch bankrotten Finanzsystem weitermachen und von den Entwicklungsländern erwarten, dass sie Ziele erreichen, die die Industrieländer unter weitaus weniger schwierigen Bedingungen erreicht haben. Die Agenda 2030 stellte fest, dass diese Generation die erste sein könnte, der es gelingt, die Armut zu beenden – und die letzte, die eine Chance hat, den Planeten zu retten. Dieses höhere Ziel bleibt in greifbarer Nähe, aber es erfordert eine beispiellose Anstrengung der einzelnen Regierungen, einen erneuerten Sinn für die gemeinsamen Ziele in der internationalen Gemeinschaft und eine globale Allianz für SDG-bezogene Aktionen.“ (Pkt. 8)

Guterres forderte als Konsequenz von den Regierungen, beim SDG-Gipfel im September 2023 einen „Rettungsplan für die Menschen und den Planeten“ (*A Rescue Plan for People and Planet*) zu beschließen. Er sollte folgende drei Bereiche umfassen:

- » Die Stärkung der **Governance und der Institutionen** für eine nachhaltige und integrative Transformation (inkl. der Stärkung von Städten und Kommunen).
- » Die Priorisierung von **Politiken und Investitionen**, die Multiplikatoreffekte für alle Ziele haben (z. B. Just Energy Transition Partnerships).
- » Die Erhöhung der **SDG-Finanzierung** und Sicherstellen eines günstigen globalen Umfelds für die Länder des globalen Südens (inkl. des SDG-Konjunkturpakets von 500 Mrd. US-Dollar pro Jahr).

Freiwillige Staatenberichte zeichnen gemischtes Bild

Um zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben, sind die Regierungen angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Zwischen 2016 und 2023 haben 187 Länder insgesamt **331 VNRs** präsentiert, einige von ihnen bereits zweimal (z. B. Indien, Nigeria, Chile und Deutschland) oder sogar dreimal (z. B. Benin und Togo). Die einzigen Länder, die bislang nicht berichtet haben, waren Haiti, Iran, Jemen, Myanmar, Südsudan und die USA.

Im Jahr 2023 haben 38 Länder und erstmals auch die Europäische Union ihre VNRs beim HLPF präsentiert (s. Kasten).

Länder, die dem HLPF 2023 nationale Berichte vorgelegt haben

Bahrain · Barbados · Belgien
 Bosnien und Herzegowina · Brunei Darussalam
 Burkina Faso · Kambodscha · Kanada,
 Zentralafrikanische Republik · Komoren
 Chile, Kroatien · Demokratische Republik Kongo
 Europäische Union · Fidschi · Frankreich
 Guyana · Island · Irland · Kuwait · Liechtenstein
 Litauen · Malediven · Mongolei · Polen
 Portugal · Rumänien · Ruanda, Saudi-Arabien
 Singapur · Slowakei · St Kitts und Nevis
 Tadschikistan · Osttimor · Turkmenistan
 Tansania · Usbekistan · Vietnam · Sambia

Inzwischen gibt es Leitlinien und ein ausführliches **Handbuch des UN-Sekretariats** für die Erstellung solcher Berichte. Dennoch unterscheiden die VNRs sich erheblich in Umfang und Detailliertheit, Qualität und thematischer Breite, sowie dem Grad der gesellschaftlichen Beteiligung bei ihrer Erstellung und Präsentation in New York. Einige Regierungen thematisieren in ihren VNRs die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung mittlerweile stärker als es in den Anfangsjahren der Fall war. Dennoch bleiben die Berichte in erster Linie Selbstdarstellungen der Regierungen. Selbstkritik und das Eingeständnis von Schwächen und eigenen Handlungsdefiziten findet man in ihnen eher selten.

Das UN-Sekretariat hat die Hauptbotschaften der Berichte in einer **Compilation** zusammengefasst. Viele Berichte gingen 2023 auf die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ein, so etwa die Berichte der **Zentralafrikanischen Republik**, von **Belgien**, **Chile** und **Barbados**. In Barbados führte die Pandemie zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere im Tourismussektor, und zu einer rapiden Erhöhung der Ausgaben des öffentlichen Sektors. Dies führte wiederum zu einer erheblichen Ausweitung des Haushaltsdefizits und einem drastischen Anstieg der Schuldenquote. Als Reaktion darauf rief Mia Mottley, die Premierministerin von Barbados, 2022 die **Bridgetown Initiative zur Reform der Internationalen Finanzarchitektur** ins Leben.

Einige VNRs betonten besonders die negativen Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine, so zum Beispiel die Berichte **Litauens** und **Polens**.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr der VNR der **EU**, da mit ihm zum ersten Mal ein supranationales Staatenbündnis einen Bericht abgegeben hat. Der über 300-seitige Bericht wurde gemeinsam vom EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni und der EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften Jutta Urpilainen präsentiert. In ihrer Rede hob Urpilainen drei Themen hervor: Die Bemühungen zur Verringerung von Ungleichheiten durch die Einführung eines „Ungleichheitsmarkers“ in der EU-Entwicklungszusammenarbeit; die Konzentration auf politische Kohärenz bei allen SDGs; und die Ausweitung der Infrastrukturfinanzierung durch die *Global Gateway*-Initiative. *Global Gateway* ist die Antwort der EU auf die Neue Seidenstraße-Initiative Chinas. Mit ihr will die EU bis 2027 rund 300 Milliarden Euro für den Ausbau der Infrastruktur in Ländern des globalen Südens mobilisieren.

Kritik gab es an der mangelnden Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Erstellung des europäischen VNRs. Zivilgesellschaftliche Positionen flossen lediglich gefiltert durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in einen Anhang des Reports ein.

Dass es auch anders geht, hat **Island** gezeigt, das seinen VNR in einem umfassenden Prozess der Beteiligung verschiedener Akteursgruppen (Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Jugend, Kommunen etc.) erstellt hat. Sie haben eigene Kapitel im VNR beigesteuert. Außerdem enthält der isländische Bericht zu jedem der 17 SDGs eine Bewertung von zivilgesellschaftlicher Seite gleichberechtigt neben der offiziellen Darstellung.

Inzwischen über 240 *Voluntary Local Reviews (VLRs)*

Eine wachsende Rolle spielen Städte und Regionen beim HLPF. Ihre globalen Dachverbände und kommunalen Bündnissen arbeiten im SDG-Kontext in der *Global Taskforce of Local and Regional Governments* zusammen. Immer mehr Städte und Regionen berichten über ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen von **Voluntary Local Reviews (VLRs)**

bzw. Voluntary Subnational Reviews (VSRs), die zum Teil beim HLPF vorgestellt werden. Dazu zählen Bundesstaaten und Regionalregierungen (z.B. Hawaii in den USA, Yucatan in Mexiko und Schottland in Großbritannien), Millionenstädte (wie Barcelona, Buenos Aires, Guangzhou, New York City und Moskau), aber auch kleine und mittelgroße Städte (wie Uppsala in Schweden, Chimbote in Peru, Kelowna in Kanada, Turku in Finnland und Victoria Falls in Simbabwe).¹

Die Global Taskforce berichtete in ihrem **Statement zum HLPF 2023**, dass inzwischen weltweit über 240 Städte mit insgesamt 579 Millionen Einwohner*innen solche VLRs angefertigt haben. Zusätzlich haben 37 Regionen, in denen 1,4 Milliarden Menschen leben, VSRs produziert. Aus Deutschland haben mit Unterstützung der **Service-stelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** von Engagement Global folgende sechs Städte angekündigt, 2023 VLRs auszuarbeiten:

- » Bad Köstritz
- » Freiburg
- » Rottenburg am Neckar
- » Kreis Fürstentfeldbruck
- » **Hamburg**
- » Köln

Vertreter*innen aus **Hamburg** und **Rottenburg am Neckar** waren in New York vor Ort und haben dort über ihre Erfahrungen berichtet.

Deutsche Akzente beim HLPF

Die Vertreter*innen der Städte waren Teil der deutschen Delegation, die in diesem Jahr von der Parlamentarischen Staatssekretärin Bärbel Kofler (BMZ) geleitet wurde. Neben ihr war auch die Parlamentarische Staatssekretärin Bettina Hoffmann (BMUV) in New York dabei.

Ein thematischer Schwerpunkt der Bundesregierung beim HLPF war in diesem Jahr die nachhaltige Stadtentwicklung. Zu diesem Thema fand das offizielle deutsche Side-Event unter dem Titel **„Liveable Cities For All – Boosting the 2030 Agenda with blue urban transformation“** statt. Damit wollte die Bundesregierung die Schnittstellen zwischen SDG 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen) und SDG 11 (Nachhaltige

¹ Eine Auswahl von VLRs findet man hier: <https://www.local2030.org/vlrs> und hier: <https://sdgs.un.org/topics/voluntary-local-reviews>

Städte und Gemeinden) in den Fokus rücken. In ihrer [gemeinsamen Pressemitteilung](#) zum HLPF wiesen BMZ und BMUV darauf hin, dass besonders in den rasant wachsenden Städten im globalen Süden das Problem einer sicheren Wasserversorgung immer größer werde, denn die Klimakrise sei dort vor allem eine Wasserkrise. Viele Länder kämpften immer häufiger mit langanhaltenden Dürren.

Im Rahmen des Side-Events stellte Bärbel Kofler auch das neue [Positionspapier des BMZ zu nachhaltiger Stadtentwicklung](#) vor. Das BMZ unterstütze Partnerländer dabei, ihre Städte nachhaltig, klimaneutral, resilient und lebenswert zu entwickeln. Wichtig sei dabei, dass die Belange aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Mädchen, berücksichtigt und sie in Planungsprozesse einbezogen würden. Dabei werde ein integrierter Ansatz verfolgt mit einem Schwerpunkt auf guter Regierungsführung und Zugang zu Finanzierung und einem Fokus auf die Sektoren Wohnen und Bauen, Abfall, Mobilität, Wasser und öffentliche Räume.

Nächste Gipfel werfen ihre Schatten voraus

Insgesamt verlief das HLPF unspektakulär und vordergründig ohne große Kontroversen. Das lag allerdings auch daran, dass es nichts zu verhandeln gab. Das HLPF endete ohne formelles Abschlussdokument. Dies bleibt dem SDG-Gipfel im September vorbehalten, bei dem eine Politische Erklärung zur Halbzeit der Agenda 2030 verabschiedet werden soll. Über den Entwurf wurde am Rande des HLPF heftig gestritten.

Die Kofazilitator*innen für die Verhandlungen, die Ständige Vertreterin Katars und der Ständige Vertreter Irlands, legten im Juli einen [Kompromisstext](#) vor, der im Rahmen des sogenannten Schweigeverfahrens (*silence procedure*) von den UN-Mitgliedern angenommen werden sollte. Aber die USA und einige Verbündete (Australien, Kanada, Japan, Neuseeland und Großbritannien) [brachen das Schweigen](#), so dass nun weiterverhandelt werden muss. Die USA lehnen insbesondere Passagen zur Entwicklungsfinanzierung ab, etwa den Vorschlag für ein SDG-Konjunkturpaket von 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr und die Nutzung von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur SDG-Finanzierung.

Dahinter steht die grundsätzliche Kontroverse über die Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen bei der Reform der Internationalen Finanzarchitektur gegenüber anderen Akteuren wie dem IWF, der Weltbank und der G20 künftig spielen sollen.

Unstimmigkeiten darüber gibt es auch innerhalb der G77, des Zusammenschlusses der Länder des globalen Südens in der UN. Unabhängig von den USA hatte auch Indien den Entwurf der Politischen Erklärung abgelehnt und das Schweigen gebrochen, weil ein Verweis auf den SDG-Aktionsplan der G20 ([Action Plan on Accelerating Progress on the SDGs](#)), der im Juni in Varanasi, Indien, vereinbart worden war (Indien hat in diesem Jahr den G20-Vorsitz), aus dem Dokument gestrichen wurde. Dies geschah auf Betreiben der G77, die traditionell Verweise auf die G20 in UN-Dokumenten skeptisch sieht.

Die Chancen für den vom UN-Generalsekretär geforderten „Rettungsplan für die Menschen und den Planeten“ stehen angesichts der Kontroversen schlecht. So oder so werden die Diskussionen darüber aber über den SDG-Gipfel hinaus weitergehen, denn das Thema steht weit oben auf der Agenda des für September 2024 geplanten Zukunftsgipfels der Vereinten Nationen ([Summit of the Future](#)). Er soll angesichts der verschärften geopolitischen Konfrontationen dazu beitragen, die multilaterale Kooperation auf Weltebene wiederzubeleben. António Guterres erhofft sich von dem Gipfel einen „[Booster-Effekt](#)“ für die Verwirklichung der SDGs. Der Gipfel soll aber über das Spektrum der Nachhaltigkeitsziele hinausreichen und sich auch mit Themen wie Frieden und kollektiver Sicherheit, der digitalen Zusammenarbeit und den Rechten zukünftiger Generationen befassen. Deutschland spielt bei den Vorbereitungen auf diesen Gipfel eine wichtige Rolle, denn seine Ständige Vertreterin bei den Vereinten Nationen in New York, Antje Leendertse, steuert als Ko-Fazilitatorin gemeinsam mit dem Ständigen Vertreter Namibias, Neville Melvin Gertze, die Vorbereitungen. Am 21. September 2023, nur zwei Tage nach dem SDG-Gipfel, beginnt mit einem [Ministertreffen](#) in New York bereits die heiße Phase der Vorbereitungen zum Zukunftsgipfel.

*Jens Martens ist Geschäftsführer des
Global Policy Forums Europe*

Weitere Informationen

United Nations (2023): The Sustainable Development Goals Report 2023. New York.

<https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/>

United Nations Secretary-General (2023): Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition). New York: UN General Assembly and ECOSOC UN Dok. E/2023/64.

<https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-07/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition.pdf>

Statistical Annex:

https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2023/E_2023_64_Statistical_Annex_I_and_II.pdf

Webseiten:

High-Level Political Forum

<https://hlpf.un.org/>

Reporting Services des International Institute for Sustainable Development (IISD) zum HLPF

<https://enb.iisd.org/high-level-political-forum-hlpf-2023>

Informationsportal von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

Im Schatten des SDG-Gipfels

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2023

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Tobias Gerhartsreiter

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, August 2023

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.